

Berichte

„Individueller“ Wohnungsbau in der DDR

Obwohl die politische Führung des in Mitteldeutschland etablierten SED-Regimes (ebenso wie die aller übrigen sowjetsozialistischen Länder) den Aufbau des Kommunismus — also einer Gesellschaftsordnung, in der es nach den bisherigen Verlautbarungen nur noch „sozialistisches Eigentum“ an Wohnraum, nicht aber mehr wie noch heute Ein- und Zweifamilienhäuser sowie bäuerliche Hauswirtschaften als „persönliches Eigentum“ und schon gar nicht mehr private Mietwohnungen als „kapitalistisches Privateigentum“ geben soll¹ — offen als ihr ordnungspolitisches Fernziel proklamiert², wird den Bürgern der Bau privater Eigenheime (im Rahmen des sogenannten „individuellen“ Wohnungsbaues) sowohl in der DDR als auch in den anderen Ländern des Sowjetblocks nicht nur nicht grundsätzlich verboten, sondern paradoxerweise sogar noch staatlich gefördert.

Vor allem nach dem XXII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) war im Jahre 1961 sowohl in der UdSSR und bald darauf auch in Mitteldeutschland eine großangelegte Kampagne gestartet worden, in der gegen den privaten Eigenheimbau polemisiert wurde etwa mit Vorwürfen wie

- „Mißbrauch“ individueller Wohnhäuser zur Erzielung von Besitzeinkommen, zur Spekulation und Profiterzielung;
- Anschaffung und Erhaltung individueller Wohnhäuser seien häufig mit ungesetzlichen Geschäften verbunden (Kauf von Baumaterial „unter der Hand“, Verwendung kontingentierter Materialien usw.);
- „aufgeblähtes persönliches Eigentum“ könne zu einem „Hemmnis des gesellschaftlichen Fortschritts“, zu einer „Brutstätte der Sitten und Gewohnheiten von Privateigentümern“ werden und zu „kleinbürgerlichen Auswüchsen“ führen³.

Dennoch wurde dieses Kesseltreiben gegen private Hauseigentümer und Bauinteressenten (vermutlich unter dem mäßigen Einfluß eines

¹ Darüber siehe im einzelnen Manfred *Hoffmann*: Die Eigentumsordnung für Grund und Boden in der DDR (II). Die freie Wohnungswirtschaft, 25. Jg. (1971), S. 475 - 481.

² Vgl. das auf dem VI. SED-Parteitag im Jahre 1963 einstimmig angenommene Parteiprogramm der SED. 6. Aufl. Berlin 1970. S. 157 ff.

³ Beachte hierzu Manfred *Hoffmann*: Wohnungspolitik der DDR — Das Leistungs- und Interessenproblem. Düsseldorf 1972. S. 71 f.